

Annoncen-
Annahme-Bureau
D. Posen unter in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissland,
in Breslau bei Emil Habalch.

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Parke & Co.
Haasenstein & Vogler, —
Rudolph Plosser, —
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank.“

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Freitag, 5. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Bl. 776

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 42 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

1875.

Amtliches.

Berlin, 4. November. Die Königin hat den Chocoladen- und Zuckerwaren Fabrikanten Gebr. Albert Nicolaus, Peter Joseph und Heinrich Stollwerk zu Köln a. R., das Prädikat als Hof-Lieferanten verliehen.

Der Privat-Dozent Dr. Oswald Korts zu Straßburg i. E. ist zum außerordentlichen Prof. in der med. Fakultät der Universität derselbst, der ebenfalls Prof. an der kaiserl. öster. Universität zu Innsbruck, Dr. jur. E. Kleinschrodt zum außerord. Prof. in der für Faustität et Literatur zu Marburg ernannt, dem ordentlichen Lehrer Dr. Schier am Gymnasium in Hanau das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Der zum Dörpfarrer in Sorau berufene h. Superintendant der Diözese Naumburg R. M. Karl Alfred Massalien ist zum Superintendenten der Diözese Sorau bestellt worden.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung.

Berlin, 4. November, 11 Uhr Vorm. Unter den neu einzutretenden Mitgliedern bemerkte man den Abg. Dr. Jörg. Vom Reichskanzler ist der Antrag auf Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Herren Graf Baußnitz und Döring wegen Beleidigung des Reichstages eingegangen. Die Gesetzentwürfe, betreffend die Gebühren der Anwälte u. und die Errichtung von Macksteinen in Elsass-Lothringen werden in 3. Berathung ohne Diskussion angenommen. Dagegen rüft der Handelsvertrag mit Costa Rica eine längere Debatte hervor, in der der Abg. Schmidt (Stettin) seine Hoffnung auf die Vorlage weiterer ähnlicher Verträge durch Mitwirkung des Guatamala neu errichtenden Generalkonsuls auspricht, während Präsident Dr. Delbrück von den Intentionen der Reichsregierung in dieser Beziehung Kenntnis sieht. Abg. Dr. Marx spricht sich gegen die neuzeitliche bündelnde Ausübung des Vortrags des Abg. Dr. Oppenheim im Bezug auf die Freiheit des Privatentwurfs aus; Abg. Dr. Rickert (Borsig) tadelte die allgemeinen Präsenzen über die ewige Freundschaft in den gleichen Verträgen. Bei Art. VIII. wünscht Abg. Dr. Reichensperger eine detaillierte Bestimmung der Gewissensfreiheit, Abg. Dr. v. Schulz aber äußert bei Art. IX. seine Bedenken in Bezug auf Bestimmungen wegen der Geschäftsführung. Der Vertrag wird schließlich unverändert in dritter Berathung angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Ausführung des Impfgesetzes in Elsass-Lothringen wird nach der Regierungsvorlage angenommen, nachdem sie der Ministerialvor. Dr. v. der Welttheit in den Motiven, daß das Gesetz dem Landesaufbau von Elsass-Lothringen vorgelegen habe, Gelegenheit genommen hatte, sich über die Bedeutung des Landesaufbaus, der im Anfang mit großem Misstrauen aufgenommen, der aber unweislich Gutes zu wirken im Staate sei, überhaupt einnehmend auszuzeichnen. Zur gedeihlichen Entwicklung und Wirtschaft hält er jedoch folgende drei Punkte für erforderlich: 1. der Landesaufbau soll aus allgemeiner Volkswahl hervorgehen; 2. eine erweiterte Kompetenz erhalten und 3. nicht bloß eine berathende, sondern eine beschließende Stimme haben Abg. Dr. Reichensperger (Krefeld), ein Gegner des Impfzwanges in Allgemeinen, erklärt sich gegen die Vorlage; dieselbe wird in 3. Berathung angenommen.

Zwei andere kleine Gesetzentwürfe für Elsass-Lothringen (Kosten für Arbeitshäuser und Schankwirtschaften betr.) werden ohne Debatte in dritter Berathung erledigt. Die Übersicht der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen des Reichs für 1871, so wie diejenige der außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen, welche durch den Krieg mit Frankreich veranlaßt sind, werden der Rechnungskommission überwiesen, nachdem Abg. Rickert (Borsig) der selben den bezüglichen Antrag gestellt und dabei beruhigend hofft, daß die Finanzlage des Reichs sich nicht in dem lästigen Zustande befindet, wie sie der Abg. Windhorst vorastern gekennzeichnet habe. An diese Kommission geht die allgemeine Rechnung über den Haushalt des deutschen Reichs von 1871.

Die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbedörferungen u. a. auf Eisenbahnen, leitet als Bundeskommissar Geh. Regierungsrat Starke durch Darlegung der Motive ein.

Der Abg. Rickert (Neißen) nüßt die Abschaffung der zweiten Berathung dieses Entwurfs von der Tagesordnung, damit sich diejenigen Mitglieder des Hauses, welche sich besonders für den Gegenstand interessieren, vor derselben über die von ihm näher bezeichneten Mängel der Vorlagen (Statuierung von Ausnahmen, Desinfektion der Räumen) unterrichten. In der Diskussion beteiligen sich noch die Abg. Flüsse, Dr. Binn, welcher letzterer die Vorlage dankbar begrüßt, aber den frenischen Vollzug des Gesetzes durch das Reich für nötig erachtet und vor dem Glauben warnt, als ob eine vollständige Beseitigung der Ansteckungsstoffe überhaupt möglich sei.

Nachdem noch der Abg. Freiherr Nordeck zur Rabenau und der Abg. v. Ludwigs gesprochen, welcher eine besondere Kommission wünscht und durch seinen Appell an Se. Excellenz den Minister Dr. Friedenthal diesen zu der persönlichen Bemerkung veranlaßt hatte, daß er nicht als preußischer Minister, sondern als Mitglied des Reichstages im Hause anwesend sei, beschloß das letztere die Abstzung der zweiten Lesung des Entwurfs von der Tagesordnung. Als dann doch die Verordnung, betreffend die Stempelgebühren von Steuer- und Oktoabsetzungen u. in Elsass-Lothringen genehmigt worden, folgte die erste Berathung der Konkurrenzordnung.

Bei Einleitung der Debatte ergreift das Wort

Bundeskommisar Präsident des Justizamts Dr. Amberg. Schon bei der Berathung des Handelsgesetzes hat sich die Notwendigkeit klar hergestellt, daß das einheitliche Recht besonders auch die Konkurrenzordnung umfassen müsse; schon damals wollte man den Versuch machen, die preußische Konkurrenzordnung als allgemeines Recht einzuführen. Ist aber ist es durch das Reich möglich geworden, in einem einheitlichen Recht zu kommen und die Vorarbeiten dazu sind ja, wie wir alle wissen, in vollem Gange. Nun gestaltet sich die Sache ab so, daß, wenn jene Justizgesetze eingeführt werden, es gleichzeitig notwendig ist, eine gemeinsame Konkurrenzordnung zu geben, denn wenn die Gerichtsverfassung und die Bivilprozeßordnung bestimmt werden, so muß auch die Konkurrenzordnung dem entsprechend geordnet werden. Es sind deshalb auch für diese gleichzeitig mit den übrigen Justizgesetzen die Vorarbeiten begonnen worden; indem hatte

der Entwurf zu einer gemeinsamen Konkurrenzordnung mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen, welche den übrigen Justizgesetzen nicht entgegenstehen. Sie ist nämlich unausführbar ohne gleichzeitige Eintritte in das materielle Recht, ohne den Versuch, eine Ko-
operation des Bivilrechts herbeizuführen. Der Entwurf zerfällt somit von Natur in zwei Theile: einen materiell rechtlichen und einen, der das Konkurrenzverfahren selbst betrifft. Für die Vorarbeiten zum Entwurf war es günstig, daß in den prußischen Konkurrenzordnung ein Gesetz besteht, welches auf Grundfakten beruht, die nach dem Urteil aller Männer aus Preußen und Wissenschaft sich vortrefflich bewährt haben. Das war also allerdings eine feste und sichere Grundlage, wie sie sich für die anderen Gesetze nicht darbot. Von Bedeutung war es ferner auch, daß die Grundsätze, die sich in Preußen bewährt hatten, schon nach Süddeutschland übertragen, daß sie die Basis auch für österreichisches Recht geworden, daß sie in der dänischen und schweizerischen Erziehung berücksichtigt worden waren. Es mußte sich daher darum handeln, nach dieser Seite hin zu revidieren, was als brauchbar: Grundlage festzustellen sei und daß ich, glaube ich, durch den vorliegenden Entwurf geschehen: man hat sorgfältig geprüft, was sich bewährt hat, was der Ergründung bedarf ist. Ich will in dieser Beziehung hier nur zwei Fragen berühren aus dem materiellen Recht und aus den Konkurrenzverfahren. Man war z. B. genötigt, in das materielle Recht einzutreten, um eine Basis für die Konkurrenzordnung zu gewinnen; es mußten namentlich diejenigen Rechte einzeln geregelt werden, welche ein Vorzugsrecht begründen. Man hat sich dabei von einem Einstieg in das Immobilien-Sachenrecht fern gehalten; man hat stattdessen das Konkurrenzverfahren nur auf die Befriedigung derjenigen Gläubiger, welche rein peripherische Ansprüche an den Schulden haben und so war man in der Lage, jenes Immobilienrecht ausscheidet zu können. Bezuglich des Miettarif-Sachenrechts statuierte man als durchschlagendes Prinzip das Faustp. no und bestätigte alles Uebrige für die Konkurrenzordnung. Außerdem mußten natürlich eine Reihe anderer Momente in Rückblick gezegeben werden, welche die Einzelrechte der einzelnen Staaten betreffen; dann eine volle Rechtseinheit auf diesem Gebiet ist ganz unmöglich. Bezuglich des Konkurrenzverfahrens hat man sich zu einem Schritt entschlossen, die Unterschiede des Konkurses zu beseitigen. Die Rechte der verschiedenen Staaten werden in diesem Punkte bedeutend von einander ab; die Unterschiede aber, die das preußische Recht aufstellt, waren so unbedeutend, daß man sie ganz beseitigen konnte, ja beseitigen mußte, will sie auf Grundfakten beruhen, welche legislativ gar nicht zu haben waren. Es wurde hier also eine volle Einheit des gesamten Verfahrens hergestellt, obne den Anforderungen des Kaufmännischen Konkurses die Möglichkeit der Geltung abzuschneiden. Der Konkurs erfolgt auf Grund eines Antrages — sei es des Kreditors selbst, sei es eines Gläubigers; die Durchführung ist dann sehr einfach und kann sehr energisch sein und die Form der Verwaltung ist von größerer Sicherheit, als das früher in Preußen der Fall war. Von einer Offizialbehörde, der Gerichte ist Abstand genommen worden, man ist ferner dahin gelommen, neben der Gläubigerversammlung noch einen Gläubigerausschuß zu lassen, der die Verwaltung schnell und energisch betreiben kann. Man ist aber anderswo auch bestrebt gewesen, die Mieträte sicher zu stellen, dadurch, daß man die Mietwirkung der Gerichte ev. gestattete. Dabei wurde die Frage, an welches Gericht der Konkursantrag zu stellen sei, dohn beantwortet, daß, da das ganze eine Frage der freiwilligen Richtbarkeit sei, der Antrag zunächst an das Amtsgericht zu stellen sei, welches zuerst in der Lage ist, schnell und energisch einzuschreiten. Die diesbezüglichen Einrichtungen in Preußen haben sich verfeindet und nachtheilig gezeigt. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den fraudulösen und leichtsinnigen Konkurs sind gleichfalls einer neuen Prüfung in diesem Entwurf unterzogen worden.

Abg. Dr. v. Schwarze: Meine Herren, ich habe mir nicht das Wort erbeten, um in eine Prüfung des materiellen Inhalts des uns vorliegenden Entwurfs einzutreten. Das uns vorliegende große und umfassende, man darf wohl hinzuheben, großartige Werk, das in dem Entwurf der Konkurrenzordnung uns geboten wird, verlangt eine gründliche, genaue und sorgfältige Berathung, daß ich glaube, seitst eine allgemeine Übersicht über die leitenden Grundfakten, wie sie uns zum Theil jetzt von Regierungssicht gegeben worden ist, würde nicht ausreichen, eine sichere Klarheit über den Inhalt des Entwurfs und seine leitenden Prinzipien zu gewähren. Wir würden zu diesem Zwecke uns, glaube ich, in eine Kritik der einzelnen Prinzipien des Entwurfs, ja selbst in eine Darlegung einzelner Detaillbestimmungen vertiefen müssen, die weitauß über die Zeit hinausziehen würde, die uns für die allgemeine Berathung des Entwurfs gekommen ist. Selbst da, glaube ich, wo man mit einzelnen Bestimmungen des Entwurfs nicht einverstanden sein kann, würde eine Darlegung der Gegenstände heute viel zu weit führen und auch bei dem Zwecke der ersten Berathung ziemlich resüttlos bleiben. Ich habe mir das Wort erbeten, um den Antrag zu stellen, daß es dem hohen Hause gefallen wolle, den vorliegenden Entwurf zur Vorberathung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Meine Herren, ich habe dadurch gleichzeitig derjenigen Meinung widergesprochen, wollen, welche vorlautet, daß dieser Entwurf an die bereits bestehende und von neuem mit Ihrer Vollmacht beauftragte Kommission verwiesen werde. Als wir vor einigen Tagen den Entwurf über die Amortisation bestimmter Wertpapiere in Elsass-Lothringen berieten, war ich allerdings der Meinung und bin es auch jetzt, daß es besser gewesen wäre, diesen Entwurf zur Vorberathung der Justizkommission zu überweisen. Diese Schlage war aber damals eine andere als jetzt. Die Materie, die in jenem Entwurf, den ich eben bezeichnete, behandelt wurde, ist bereits in der Justizkommission, der ich anzuzechören die Ehre habe, bei Gelegenheit der Berathung des Entwurfs der Bivilprozeßordnung in ihren Hauptgedanken und ihren Hauptzwecken vollständig durchberathen worden. Es handelt sich bei jenem Entwurf betreffs Elsass-Lothringens nur darum, gewissermaßen die Einzelheiten festzustellen und sie in Übereinstimmung mit den Gedanken und Sätzen zu bringen, die wir bereits bei der Berathung der Bivilprozeßordnung erörtert und festgestellt hatten. Bei dem vorliegenden Entwurf ließ die Sache, glaube ich, anders. Es ist ein sehr großes umfassendes Werk, was uns hier geboten wird; es würde die Durchberathung des Entwurfs der Konkurrenzordnung qualitativ und quantitativ in gar keinem Verhältnis stehen gegenüber dem Entwurf für Elsass-Lothringen, den ich eben bezeichnet habe. Ich glaube ohne der Aufsichtnahme der übrigen Mitglieder der Justizkommission präjudizieren zu wollen, behaupten zu dürfen, daß wir kaum im Stande seien würden, neben der großen uns auseinanderliegenden Aufgabe auch noch die neue Aufgabe, wenn Sie uns mit derselben beauftragt hätten, in einer Weise erledigen zu können, die Ihre Aufsicht finden würde.

Ich möchte dabei ferner darauf hinweisen, daß es ebenso zweckmäßig sein würde, zur Berathung dieses Entwurfs nicht eine Kommission niederzusetzen, die lediglich aus Juristen besteht; ich glaube, die Materie verlangt, daß auch andere tüchtige Geschäftsmänner an der Berathung Theil nehmen. Wollten Sie aber die Justizkommission

durch Beziehung von anderen Mitgliedern des Hauses verstärken, so würde unsere Kommission eine personelle Verstärkung gewinnen, die nicht günstig für den Fortgang der Berathungen sein würde. Wenn man dagegen anstreben sollte, man könnte in der Justizkommission eine Subkommission für die Konkurrenzordnung bilden, so erwähne ich, daß dies für ein solches umfassendes Werk nicht das geeignete Mittel sein würde, ganz abgesehen davon, daß die Subkommission wieder an das Plenum berichten müßte, und daß leicht die Gefahr entstebe, daß die Berathung im Plenum der Kommission eine ganz neue und zu ganz neuen Resultaten führende sein würde. Ich behaupte ferner, daß überhaupt eine dringende Notwendigkeit auch in Bezug auf den materiellen Inhalt der Konkurrenzordnung nicht vorhanden ist, dieselbe an die Justizkommission zu verweisen. Es ist bereit von Seiten des Regierungssitzes darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir in der Konkurrenzordnung hauptsächlich zwei Partien zu unterscheiden haben: die Bestimmungen, die auf das materielle Recht sich beziehen, und die, welche auf das Verfahren sich beziehen. Die tiefschreitende Bedeutung und Wichtigkeit der auf das materielle Recht sich beziehenden Bestimmungen ist Ihnen bereits von dem Regierungskommissar ausgetragen worden; für diese ganze Partie der Konkurrenzordnung fehlt die formale Handhabung in unserer Kommission; für die Materie des materiellen Bivilrechts sind wir gar nicht von Ihnen berufen und eingestellt. Was aber das Verfahren selbst anlangt, und das würde ja eigentlich der Punkt sein, wo man behaupten könnte, es bestände eine soche Kontrakt zwischen der Konkurrenzordnung und der Bivilprozeßordnung, daß es zweckmäßig sei, an die Justizkommission die Konkurrenzordnung zu verweisen — so ist zu bedenken, daß in dieser Partie des Verfahrens es zunächst einen guten Theil Bestimmungen gibt, die ganz selbstständig geordnet werden müssen, ohne alle Rückicht auf die Bivilprozeßordnung. Ich brauche das nicht näher darzulegen, ich glaube, es liegt in der Natur einer Konkurrenzordnung und in der Natur der Materie, die da behandelt wird, schon von selbst begründet.

Meine Herren, was nun den übrigen Theil der Bestimmungen in der Konkurrenzordnung anlangt, soweit sie das Prozeßverfahren betreffen und in welchem eine solche Kontrakt bestehen könnte, wo man also behaupten könnte, es sei geboten, eine Leb-reinstimmung zwischen der Konkurrenzordnung und der Bivilprozeßordnung herzustellen, so bilden diese Bestimmungen erstens quantitativ einen ziemlich kleinen Theil des Entwurfs; eben wenn Sie sich die Bestimmungen des Entwurfs anschauen, so glaube ich behaupten zu dürfen, es würde sich jeder von Ihnen überzeugen, daß der größere Theil dieser Bestimmungen auf Sätzen beruht, die wir bei der Berathung der Bivilprozeßordnung bereits festgestellt haben, und ich glaube, es liegt in einer Weise festgestellt, die kaum zu erwarten ist, daß in dieser Richtung Änderungen späterhin von uns beschlossen werden würden. Ich brauche diese einzelnen Punkte auch nicht näher zu bezeichnen, aber die sachverständigen Herren in unserer Mitte, glaube ich, werden mir nicht widersetzen. Nun kommt noch das in Betracht, was in Bezug auf die Gerichtsorganisation bemerkt worden ist, daß nämlich das Konkurrenzverfahren bei den Amtsgerichten stattfinden soll — und das ist gerade ein maßgebendes Moment in dem neuen Entwurf. Allein es werden die Amtsgerichte, wir können sie gestalten, wie wir wollen, jedenfalls schon an sich für die Zwecke der Bivilprozeßordnung so gestaltet werden müssen, daß der Entwurf der Konkurrenzordnung in der hier angebundenen Richtung einer Änderung nicht bedarf; — ich glaube nicht, daß wir je werden in die Belegenheit kommen, sagen zu müssen, daß die Organisation der Amtsgerichte nunmehr eine solche geworden ist, daß die Behandlung des Konkurses vor dem Amtsgericht als ungültig oder unzweckmäßig sich darstellen würde. Das nun zwischen dem Entwurf der Konkurrenzordnung und zwischen dem Entwurf der Bivilprozeßordnung in der von mir näher bezeichneten Partie eine Übereinstimmung hergestellt werden muß, ist eine unabkömmbare Forderung. Nun frage ich, ob diese Forderung nicht auf andere Weise bestellt werden kann, und weil in quanto und quali diese Partie von seiner Bedeutung ist, so glaube ich, es würde vollkommen hinreichen, wenn die Mitglieder der Kommission für die Konkurrenzordnung bei den betreffenden Materien mit der Justizkommission sich einvernehmen legten. Das kann auf eine sehr leichte Weise bewerkstelligt werden, sei es, daß wir in schriftliche, sei es, daß wir in mündliche Kommunikation treten, sei es, daß wir die Zwecke der Bivilprozeßordnung so gestaltet werden müssen, daß der Entwurf der Konkurrenzordnung in der hier angebundenen Richtung einer Änderung nicht bedarf; — ich glaube nicht, daß wir je werden in die Belegenheit kommen, sagen zu müssen, daß die Behandlung des Konkurses vor dem Amtsgericht als ungültig oder unzweckmäßig sich darstellen würde. Das nun zwischen dem Entwurf der Bivilprozeßordnung in der von mir näher bezeichneten Partie eine Übereinstimmung hergestellt werden muß, ist eine unabkömmbare Forderung. Nun frage ich, ob diese Forderung nicht auf andere Weise bestellt werden kann, und weil in quanto und quali diese Partie von seiner Bedeutung ist, so glaube ich, es würde vollkommen hinreichen, wenn die Mitglieder der Kommission für die Konkurrenzordnung bei den betreffenden Materien mit der Justizkommission sich einvernehmen legten. Das kann auf eine sehr leichte Weise bewerkstelligt werden, sei es, daß wir in schriftliche, sei es, daß wir in mündliche Kommunikation treten, sei es, daß wir in einer gemeinschaftlichen Sitzung über diese Partien berathen oder wie sonst. Ich sollte glauben, es würde hieran die Sache am leichtesten sich ordnen lassen, wenn Sie die Ordnung den beiden Kommissionen überlassen. Ich habe, wie gesagt, mir nur das Wort erbeten, um Sie zu bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu ertheilen, daß die Konkurrenzordnung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern und nicht an die Justizkommission verwiesen wird.

Abg. Frankenburger: Ich bin mit der Ansicht des Vorredners durchaus einverstanden. Der Hauptgrund, aus dem man diese Vorlage nicht der Justizkommission überweisen will, ist, daß deren Amtsgericht schon außerordentlich groß sei, ich untersage das nicht, bin aber doch der Ansicht, daß gerade sie die vorliegende Arbeit leichter und in kürzerer Zeit lösen wird, als jede andere Kommission. Die Justizkommission hat sich durch ihr längeres Zusammensetzen schon über manche Grundfakten geeinigt, über die sie jetzt also nicht mehr wird zu debattieren brauchen. Wenn eine neue Kommission noch so rasch arbeitete, würde sie mit diesem Grieß in dieser Session doch nicht fertig werden und dann müßte die Arbeit schließlich doch der Justizkommission überwiesen werden und wenn dann die Beschlüsse der neuen Kommission vielleicht nicht ganz mit den Auffassungen der Justizkommission im Einklang sind, so muß sie ganz von vorn anfangen.

Abg. Windhorst: Ich bin mit dem Vorredner vollständig einverstanden und es würde, glaube ich, ein großer Fehler sein, wollte man die Vorlage nicht der Justizkommission überweisen; denn sie besteht aus einer großen Zahl von Mitgliedern, darunter Männer, die ich am allerwenigsten bei der Prüfung dieser Vorlage vertrauen möchte; so halte ich nämlich Herrn Dr. v. Schwarze besonders bei dem materiellen Theil der Frage für eine dabei ganz nothwendige Besonderlichkeit. (Heiterkeit.) Schon das vorige Mal war zudem die Bildung der Justiz-Kommission schwierig. Ich glaube außerdem, daß die Berathung der Vorlage so schwierig ist, daß wir nicht daran zu denken ist, daß eine besondere Kommission sie rechtzeitig fertigstellen würde und es könnte dann wieder der Fall, daß man ihre Aktionen verlängern müßte, wie bei der Justiz-Kommission. Das hat allerlei Bedenken. Die Materien hängen zusammen, die Männer, die sie bearbeiten können, sitzen in der Justizkommission, dieser allein muß die Sache unter allen Umständen überwiesen werden.

Abg. Struckmann (Diphosi): Schon allein der Mangel an Zeit spricht dafür, der Justizkommission nicht auch noch die Berathung dieser Materie zu übertragen, da sie schon mit der Vollendung ihrer bisherigen Aufgabe bis zu einer etwaigen Frühjahrssession sehr mühsam zu thun haben wird.

Abg. Dr. Loebe: Ich bitte gleichfalls, eine besondere Kommission für diesen Zweck zu wählen, um nicht nur gelehrte Juristen, sondern auch praktische, kaufmännisch erfahrene Leute in der Vorberatung zu haben.

Abg. Dr. Beseler schließt sich dem Antrage an, eine besondere Kommission zu diesem Zwecke zu ernennen.

Abg. Miguel: Ich bin jetzt nicht berufen, einzugehen, ob die Justizkommission zu vertheiligen. (Sehr richtig!) Es fragt sich hier, wem die Vorberatung zu überweisen ist; ich halte die Wahl einer besonderen Kommission im Interesse der Sache für richtig. Die Civilprozeßordnung kann nicht ohne Konkurrenz ins Leben treten, deswegen ist es wünschenswerth, diese Gesetze in einem und demselben Reichstage zu votiren. Wird die Konkurrenzordnung aber bis zum Herbst nicht fertig, so kommt sie dann zu einem durch Wahl neu zusammengesetzten Reichstage. Ob aber die Justizkommission bis zum Herbst ihre jetzige Aufgabe auch nur lösen wird, ist mir schon fraglich; aber auch sachlich könnte eine besondere Kommission für diesen Zweck praktischer komponirt sein. 28 Mitglieder sind dazu nicht nötig; außerdem ist hier eine Ausübung von praktischen Taten viel mehr wünschenswerth, als bei den übrigen Justizgesetzen. Auch würde der materielle Theil des Konkurrenzverfahrens der Kommission ganz neu entgegentreten und es ist da von bereits geschehener Fixierung gewisser Grundsätze keine Rede. Eine Verbindung keiter Kommissionen könnten Sie irgenwie beschließen, für notwendig halte ich sie aber nicht.

Abg. Dr. Hönel findet den Grund der Ablehnung der Justizkommission zur Übernahme der Vorberatung der Konkurrenzordnung in den Schwierigkeiten der Arbeit, die die Mitglieder augenblicklich befangen machen. Hätte der vorliegende Entwurf bereits bei der ersten Beratung der übrigen Justizgesetze vorgelegen, so würde Niemand daran gedacht haben, die Konkurrenzordnung einer anderen Behandlung zu unterwerfen, als jene.

Abg. Schulze (Döltzsch) erklärt, daß er im Prinzip der Überweisung an die Justizkommission zustimme, ja die letztere jedoch selbst zur Übernahme der Aufsicht keine Neigung zeige, so halte er für zweckmässiger, eine besondere Kommission zu wählen.

Abg. Windhorst teilt die Ansicht, daß in der Annahme des Schwarzen'schen Antrages ein Mißerfolg gegen die Justizkommission liege und hebt noch die Schwierigkeiten hervor, die daraus erwachsen würden, daß dieselben Regierungskommissarien das Reichskanzleramt gleichzeitig in beiden Kommissionen vertreten müßten.

Präsident Delbrück bittet das Haus, sich von der Erwägung, daß das Reichskanzleramt bezüglich seiner Vertretung in Belegschaft gebracht werden könnte, bei der Beschlusffassung gar nicht beeinflussen zu lassen.

Abg. Bamberg charakterisiert die Beweisung des Abg. Hönel, daß die Wahl einer besonderen Kommission eine Art von Mitzwangswillen gegen die Justizkommission involvieren wäre, als ein Fehlurteil. Die Nichtigkeit dieser Behauptung werde schon dadurch bewiesen, daß der Meister aller parlamentarischen tactischen Kunstgriffe, der Abg. Windhorst, eine Beweisung sofort adoptirt habe. Der Antrag des Abg. v. Schwarze empfiehlt sich nach allen Seiten hin.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen beschließt das Haus den Antrag des Abg. Schwarze entsprechend, zur Vorberatung der Vorlage eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zu wählen.

Die Tagessordnung ist hiermit erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. Tagordnung: Einige dritte Lesungen und erste Beratung des Gesetzes über die gewerblichen Hilfskassen — Schluß 3 Uhr.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 4. November.

Der Druck der Ausgaben für das Heerwesen, unter welchem die großen Staaten Europas lebten, führt je länger je mehr Freunde dem Gedanken einer durch internationale Vermittelung herbeizuführenden partiellen Abprüfung zu. Die „Kölner Blätter“, der man nicht leicht den Vorwurf machen kann, daß sie in Bezug auf politische Verhältnisse utopischen Träumereien huldigt, erinnert daran, daß früher einmal Napoleon III einen Vorschlag zur Reduktion der Armeen gemacht und daß nur Preußen entschiedene Bedenken dagegen gehabt habe. „Preußen war damals“, wie das zitierte Blatt erklärend hinzufügt, „der einzige Staat, der die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hatte, und behielt sich also in einer besonderen Lage. Es hätte damals, auf jenen Vorschlag eingehend, vielleicht einen Vortheil aus Händen gegeben; jetzt aber, wo die allgemeine Wehrpflicht von allen Großmächten des Fisklandes eingeführt ist, steht die Partie für alle Theile gleich.“

Ein besonders wichtiger Abschnitt der neuen Heer-Ordnung ist die Ergänzung der „Offiziere des Beurlaubtenstandes“ (also der Reserve und Landwehr). Danach ergänzen sich diese: a) aus Mannschaften, welche mit dem Qualifikationskriterium zum Offizier aus dem aktiven Dienste entlassen sind, oder dasselbe später erwerben (Offizier-Aspiranten), b) durch Übertretung von aktiven Offizieren in den Beurlaubtenstand, c) aus Mannschaften, welche sich vor dem Feinde auszeichnen. Mit welchen Schwierigkeiten aber diese Beförderung zum Offizier verbunden ist und von welchen Beschränkungen sie abhängt, das lehrt die Verordnung selbst.

Die unter a., auf welche es doch hauptsächlich ankommt, aber selbst die unter c. bezeichneten Personen müssen, bevor sie altherkömmliche Rechte zur Ernennung zum Offizier vorgeschlagen werden, seitens des Offiziercorps, dem sie angehören wollen, gewählt sein. Zuvor aber müssen die Offizier-Aspiranten nach ihrer Entlassung aus dem aktiven Dienste eine achtwöchentliche Uebung absolvieren, um ihre dienstliche und außerdiensliche Fähigkeiten zur Beförderung zum Offizier vorzubereiten. Während ihrer Uebung ist ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Befähigung zur Beförderung darzuthun. „Wer sich seiner dienstlichen und außerdienslichen Haltung nach zu solcher Beförderung eignet, darf nach den ersten Wochen der Uebung zum Befehlshabenden oder Befehlsmaster ernannt werden.“ Nachdem der Aspirant jedoch seine Befähigung dargestellt, als geleistet hat, was zu leisten war, tritt bei dem Schiffe der Dienstleistung der Truppenbefehlshaber in das Uebereinverständnis ein, ob er damit einverstanden ist oder nicht, daß der betreffende Aspirant zum Offizier in Vorschlag gebracht werde. Angabe von Grünen werden dabei nicht verlangt, so daß die Einzel-Ansicht über das Einvernehmen nach allen diesen Pönen entscheidend wird. Ist nach dieser Entscheidung folgt die Wahl, die natürlich auch noch behängungsvoll werden kann. Das Wohl durch das Offiziercorps werden nur diejenigen Aspiranten gestellt, welche mit ihrer etwaigen Beförderung zum Offizier sich schriftlich einverstanden erklären, die Charge eines Befehlshabers oder Befehlsmasters belieben und den vorerwähnten Vermerk in ihrem Ueberweisungs-Nationalen erlangt haben. Gestellt dürfen nur diejenigen Offizier-Aspiranten werden, welche bei ehrenhafter Gestaltung eine gesuchte bürgerliche Eleganz und eine dem Ansehen des Offizierstandes entsprechende Lebendigkeit besitzen.“ Man wird gestehen, daß dies sehr dehnbare Begriffe sind, und z. B. das Unterlassen der durch das Gesetz nicht verlangten kirchlichen Erziehung leicht als ein Mangel an ehrenhafter Gestaltung gewertet werden kann. Zur Theilnahme an der Wahl sind sämmtliche Mitglieder des Offiziercorps berechtigt und verpflichtet, sofern sie nicht durch zwingende Gründe verhindert sind.“ Die Abgabe der Stimmen kann mündlich oder schriftlich geschehen; der jüngste Offizier gibt im Wahltermin seine Stimme zuerst ab, die absolute Mehrheit entscheidet bei der Abstimmung. „Werden Thatsachen zur Sprache gebracht, deren nähere Auflösung der Landwehr-Befehlshabende für erforderlich erachtet, wird der Vorschlag zurückgeworfen. Die Gründe der Minorität gegen die Wahl werden nur dann in das Wahl-Protokoll aufgenommen, wenn die Minorität mindestens $\frac{1}{3}$ der ge-

sammten Zahl der Stimmenden gewesen ist.“ Findet die Wahl beim Truppenheer selbst statt, so hat der Kommandeur zuvor ein Attest des Vandachreitbuchs-Kommandeurs, welcher den Aspiranten in den Stammlisten führt, über die bürgerlichen und sonstigen Verhältnisse des zur Wahl zu Stellenden einzufordern. Das Attest muß sich bestimmt darüber aussprechen, ob der betreffende Offizier-Aspirant für würdig und geeignet zur Beförderung zum Offizier erachtet wird oder nicht. Wer sich vor dem Feinde auszeichnet hat und zum Offizier vorgeschlagen werden soll, muß sich gleichzeitig der Offizierswahl unterwerfen und das eben erwähnte Attest beibringen und ist nur von der Enthebung eines Qualifikationszeugnisses befreit, so daß ihm eine unbedingte Beförderung auch nicht zu Theil werden kann. Die Offiziere des Beurlaubtenstandes unterliegen den Bestimmungen der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preußischen Heere, d. d. 2. Mai 1874, erscheinen, wenn sie zum Dienst einberufen sind stets in Uniform, die sonst während der Beurlaubung „nur bei feierlichen Gelegenheiten getragen wird“. Wenn sie während der Berufung zum Dienst sterben, werden sie mit militärischen Ehrenbezeugungen begraben. Im Leben aber werden sie, abgesehen von etwaiger anderweitiger Designation für den Mobilmachungsfall, grundsätzlich zu denjenigen Tropen-Heerstellen einberufen, zu deren Reserve sie gehören.

Wie wir der „Germania“ entnehmen, hat der Papst auf die Adresse der dritten Generalversammlung des mainzer Katholikenvereins mit nachfolgendem abstrusen Schreiben geantwortet:

Den geliebten Söhnen!
Dem hochwohlgeborenen Freiherrn Felix v. Löö, Präsident und dem ganzen mainzer Katholikenverein.

Pius P. P. IX.

Geliebte Söhne! Gruß und apostolischen Segen!

Der Kampf, we der einst im Himmel ausgeschlagen ward, ist von Neu in unseren Tagen auf Erden entbrannt, und zwar nicht mehr, wie früher, nur im Verborgenen und vereinzelt, sondern offen und mit vereinten Kräften. Offenbar geht, wie damals, das gleiche Banner beiden Partien voran. Denn auf der Fahne Jener, die mit Hintansetzung aller indischen Interessen mutlich für ihren Glau' en, ihre Kirche und deren geheiligte Rechte kämpfen, erstrahlte die achtwürdige Propugna: Wer ist wie Gott; auf das andere Bein aber, das die geschworenen Feinde unsere b. Religion erkoren, hat wahnungriger Hochmuth das Wort geschrieben: Nebt dir Sterne des Himmels werde ich setzen meinen Thron, dem Höchsten will ich gleich sein. Aber des gleichen Kampfes hat auch der gleich Ausgang und wie damals der Hochmuth der Rebellen in die Hölle hinabgleitet ward, so werden auch Jene niedergeworfen werden, die da streben, sich an die Stelle Gottes zu setzen und sein Reich auf Erden zu vertilgen. Daher wünschen wir Euch Glück, die Ihr gegründet auf den festen Fels, den Christus hingestellt, in der Überzeugung, daß Gott mit Euch ist, und daß die Propheten der Hölle immer jene Sache überwältigen werden, für welche Ihr einsteht, — unbeweglich und mutig ausharrt in dem heiligen Streite. Und daß diese Eure Glaubensfestigkeit euch vom Erfolge in ungewöndiger Weise unterstützt wird, erfüllt uns in der That mit Freude —; sind doch der augenscheinliche Name Eurer Versammlungen, Versammlungen und Versammlungen im Kampfe gegen das hereinbrechende Unheil, der furchtbare religiöse Geist, der in den Gläubigen erwacht und neu gestärkt ist, endlich der allgemeine Beifall aller Guten für Euch ebenso viele Unterstützer der göttlichen Huld. Sammelt Euch daher neue Kräfte und erhöhten Mut zum Kampfe, und glaubet an Euch gerichtet die Worte, die einst der sterbende Matthias an Israel riefste, als die gottlosen Gesetze des Antiochus es zum Aufstand vom Glauben seiner Väter drängten: „Stark ist nun der Übermuth, und eine Zeit der Strafe, der Verwüstung und des grimmen Hornes. Darum, Söhne, eiftet nun für das Geist und gebt Euer Leben für den Bund Eurer Väter. Gedankt der Thaten der Väter, die sie gelan in ihren Zeiten, und Ihr werdet großen Ruhm erlangen und einen ewigen Namen.“ Das haben in Wahrheit er und seine Söhne getan, und Das haben sie erlangt. Das also wünschen Wir vorletzte Thatsicht auch Euch von eurem Herzen, analog mit der Hölle wirtschaften Gnadenbitstandes. Das Unterstützende möglicher apostolischer Segen sein, welchen Wir Eurem ganzen Vereine und allen einzelnen Mitgliedern als Zeichen Unseres väterlichen Wohlwollens in aller Liebe erthalten.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, den 11. Oktober 1875, im dreißigsten Jahre Unter des Pontifikats.

Pius P. P. IX.

Die „Nat. Blt.“ meint, das Schriftstück beweise mindestens, daß der modus scribendi im Batikum noch nicht gesucht werde.

Rom, 28. Oktober. Der neunte Tag des Prozesses gegen die Wörter Sonzogno's beginnt mit Vernehmung einiger Entlastungzeugen Luciani's.

Der Kammerabgeordnete General Görtz kannte Luciani schon 1862 in Turin, als sehr liberal und hatte eine gute Meinung von ihm; doch ging derselbe ihm vielfach zu weit. — Senator Ferrari bestätigt im wesentlichen die vorigen Aussagen. Er erhielt nach der Verhaftung Luciani's einen Brief von dessen Mutter, in welchem von ihm Einwirkung auf Beschleunigung des Prozesses erbetet wird. — Gouvernator, Präf. des berühmten Schriftstellers, erinnert sich, daß der Angeklagte, 1863 Sekretär seines Onkels, sich des Wohlwollens und der Zuwendung desselben so zu erfreuen hatte, daß er ihn mehr wie seinen Sohn hielt. Luciani sei damals aber sehr hochmuthig gewesen. — Tommazi war einst Kommandant Luciani's, als dieser Kreisschüler war, auch Matrosovener desselben in Mailand und Alessandria; er lobt die Aufführung des Angeklagten.

Nun so ist die Vernehmung einer Anzahl Entlastungzeugen des Mörbers Bio Frezza. Es sind lauter Leute aus Trabzon, meist der unteren Soziale des Volkes angehörig. Es macht einen komischen Eindruck, wie sie alle fast in denselben Andenkeln die Begeisterung Frezzas für Garibaldi hervorheben, und sie picken damit schon heraus, ehe sie vom Präsidenten gefragt werden. Offenbar hat sich ein Menschenfreund gefunden, der ihnen diese Lektion eingeblaut hat. Nebenbei wollen sie auch ein wenig als Helden auftreten und verweigern den Schwur auf die Heilige Schrift. Morelli zum Beispiel will die Hand nicht aufs Buch legen. Der Staatsanwalt bedroht ihn mit einem Prozeß; da entzieht sich der Zeuge, seine Hand dem Buche zu nehmen, hält sie jedoch einer Boll darüber, ob gälte es, glühendes Eisen anzufassen. Im Moment, wo der Präsident dem Zeugen den Schwur vorsetzt, sieht nur der Ueclere, der widerwillig in seinem Schakramont drapirte siebzigjährige Bernasconi, die Hand des Zeugen beim Knie und drückt sie ihm unter allgemeinem Gelächter auf das Buch nieder. Präs.: War Frezza für Garibaldi eingenommen? — Zeuge: Er war verläßt für ihn. Er pflegte wenig zu sprechen, wenn aber vom General die Rebe war, sagte er — — Präf.: Was sagte er? — Zeuge: Er sagte, daß der General sein Gott sei. Ein anderer Zeuge saß ähnlich aus.

Andere Zeugen sagen aus, daß Frezza sehr wenig Wein zu trinken pflegte, der ihm das Geränk leicht zu Kopfe stieg; daß er, wenn Spazier im Wirthshause ausbrach, stets zum Friedensstift genügt war. Ein Ueberer sah ihn einmal im Wirthshause, als jemand einen Tadel gegen Garibaldi aussprach, sich erheben und erklären: „Wer von Garibaldi schlecht spricht, der spricht schlecht von Gott.“ Derselbe Zeuge sah Frezza bei der Ankunft des Generals in Rom unter denen, welche dem Volksheil die Pferde ausspannten. „Ich sagte damals zu einem Nachbar: Gut daß es Winter ist; wäre es Sommer, so käme Frezza ins Narrenhaus.“

Brigat, Brigadier der Karabinieri, hatte den Frezza während der Nacht vom 6. auf den 7. Februar zu bewachen. Gleich nach seiner Verhaftung, erzählte der Zeuge, war Frezza sehr erregt, im Kerker war er rubig und änderte die ganze Nacht hindurch seine Position nicht. Er sitzte nur das ist sehr natürlich, denn man holt ihm keine blutbefleckten Kleider, H. t. Hosen und Schuhe wegzunehmen, und es war eine Fiktion da. Während die günstigeren Aussagen über ihn erfolgten, hält sich Frezza ein Taschentuch vor das Gesicht und weint leise, ohne mit dieser Erregung, wie es sein Kollege Morelli thut, einen Szenen-Effekt machen zu wollen.

Demnächst wird das Verhör der Entlastungzeugen Luciani's wieder aufgenommen. Salvator Morelli, Abgeordneter der äußersten Linken, schwört nach langem Streuben endlich den vorgesetzten Eid und sagt über die von L. gelungenen Entführungen der Frau Emilia Sonzogno aus: Sonzogno lebt mich eines Tages rufen. Er war ganz außer sich und rief: „Luciani hat mir meine Frau geraubt!“ Ich wendete mich sofort an Luciani, der sich über die Sache sehr wunderte; er sei, wie er dies so oft gethan, mit Frau Sonzogno ausgegangen; daß sie nicht zu ihrem Manne zurückkehrte sei, das sei nicht seine Schuld, sondern rührte von der schlechten Behandlung her, die sie von ihrem Manne erdulden mußte. Luciani hat mich, den Frieden zwischen Mann und Frau wieder herzustellen. Es war aber alles umsonst; später erfuhr ich, daß die Frau bei der Familie Banchi eine Zuflucht gefunden habe.

Der Redakteur der turiner „Gazzetta del Popolo“ Dr. Bottero, intimer Freund Luciani's, der seit Jahren für die „Gazz.“ korrespondierte, spricht sehr klar und interessant eine offbar höchst sorgfältig ausgearbeitete Vertheidigung seines „Freundes“ Luciani. Luciani's Abreise, 3 Tage vor dem Mord, sei nicht, um den Verdacht abzuwenden, sondern weil ihn Bottero nach Turin berufen hatte, erfolgt, damit er einen erkrankten Redakteur ersetzten könnte. Als ich den Tod Sonzogno's erfuhr, war ich gerade in Genua; auch mein Freund Luciani war gegenwärtig. Ich las die schreckliche Nachricht in einer Zeitung, und wir waren alle sehr ergriffen davon. Luciani wurde sehr traurig und hatte Tränen in den Augen.

Ich dachte durchaus nicht daran, Luciani zur Rückkehr nach Rom anzuregen, auch ihm lag ein solcher Gedanke fern. Luciani hatte nie ein Gefühl des Hasses gegen Sonzogno ausgedrückt, doch dachte er jemals an Rache. Als dann die Andeutungen römischer Zeitungen über L. immer frecher wurden, da entschloß er sich zur Abreise, 3 und eine Anzahl Freunde gaben ihm das Geleite zur Station; alle verabschiedeten sich von ihm mit der Liebe, welche nie weniger geworden ist und nie weniger werden wird. (Im Publikum hört man einige Bravor; der Präsident rügt die Unterbrechung streng.) Was die politische Moralität Luciani's anbelangt, so ist dieselbe dem Zeugen stets makellos erschienen.

Ich batte, führte der Zeuge fort, die Absicht, die Lage meines Freundes Luciani dauernd zu verbessern. Ich wußte seine mir oft bewiesene Unabhängigkeit und die Dienste belohnen, welche er der „Gazzetta del Popolo“ geleistet hatte. Ich wendete mich an das römische Komite um Auskunft über ihn und erhielt dieselbe in höchst zufriedenstellender Weise, wodurch ich mich bewogen fühlte, mich für ihn zu verwenden, damit er die Unterstützung erhalten. Luciani besuchte mich, um mir zu danken, und da ich ihn von angenehmen Augen fand, auch ein bedeutendes Talent an ihm wahrnahm, so verschaffte ich ihm Beschäftigung. (Der Angeklagte ist bewegt, er fühlt wiederholts das Taschentuch an die Augen.)

Ich war stets bereit, Luciani mit Geld auszuhelfen; er brauchte sich nur an mich zu wenden, um des Erfolges sicher zu sein. Es war vor einem Jahre, als er den ganzen Jahresgehalt im vorhinein zu beziehen wünschte. Ich biß dies für eine Laune, und da er mir überdies nicht den Grund dieses Wunsches angab, so verweigerte ich das Geld in diesem Falle, denn ich glaubte, daß Luciani, jung wie er war, das Geld zu rasch ausgeben und dann in Verlegenheiten gerathen würde. Tafani (Bibilpartei): Es ist eine Thatache, daß, als Herr Botero ein anderesmal an Luciani läuft, doch er krank sei, dieser nicht einmal antwortete. Botero: Diese Krankheit war der Art, daß sie mich nicht am Arbeiten hinderte. Ich habe nur noch zu bemerken, daß ich Luciani seit seiner Verhaftung fürbereitet, als wenn er schwer krank wäre. Auch bestreite ich die Miethe des Hauses, in welchem seine Mutter wohnt.

Abgeordneter Cavallotti: Was den Punkt der Briefe anbetrifft, welche Sonzogno im Interesse der österreichischen Regierung an einen gewissen Monticchio geschrieben, damit dieser künftige Journalist im Interesse Österreichs in englischen Blättern wirke, so habe ich das Verfahren Sonzogno's in diesem Falle nie gebilligt und meine Freunde ebenso wenig. Ich mache Sonzogno keine Vorwürfe über die Sache sowohl unter vier Augen als auch in Gegenwart von Freunden. Trotz dieser Affäre habe ich nie die Verdiente Sonzogno's verkannt und glaube, daß diese jugendliche Verirrung reichlich aufgewogen worden ist durch die großen Verdienste, welche Sonzogno später der Sache der Freiheit geleistet. Ich sah ihn, gleichsam zur Sühne, sich in den Kampf hürzen; ich sah ihn Opfer bringen, ja sein Leben wagen, denn man war nicht daran, ihn zu erschießen. Ich liebte Sonzogno sehr erregt und begrüßte ihn noch aufs herzigste am Abend, weich der schreckliche Tat vorausging. Sonzogno batte, wie gesagt, große Verdienste. Ganz anders habe ich nichts über Luciani gehört; ich habe nie an seiner private Moraltät geglaubt.

Luciani (erst): Ich bitte, den Zeugen zu fragen, warum er seine Angriffe gegen meine Ehre auf den Anhänger aufzuhören, wo ich wehrlos im Dunkel der Carceri nuove saß? — Cavallotti: Ich habe aus meinen Gefühlen nie ein Hehl gemacht. Ich habe zu meinen Freunden in der Kammer der geringen Achtung Ausdruck gegeben, die ich für Luciani habe, und als damals eine Versammlung der Linken stattfinden sollte, so machte ich es ausdrücklich zu Bedingung meiner Teilnahme daran, daß Luciani nicht dagegen werden dürfe. — Giovanni Brunetti, der Galeriesträfling, wird in den Saal geführt, um Zeugnis abzulegen: Er war es, der in Florenz unter dem Namen Morelli die Traktoria „Lincoln“ hielt, welche von den als „Emigranten“ markirten Gaunern besucht wurde, in deren Mitte man nicht selten auch den Angeklagten Luciani erblickte.

Brunetti wird von Karabinieri in den Saal geführt; seine Ketten klirren, als er sich dem Tische des Präsidenten nähert. Der Präsident entbindet ihn des Zeugnisses und lädt ihn wie die anderen Zeugen auf den Stuhl vor seinem Tische Platz nehmen. Brunetti ist ein Mann von feiner Lebensart, obwohl er wegen Mordes auf Lebenszeit verurtheilt ist; er saß alle Augenblicke „Eccellenza“ zum Präsidienten. Die Aussage des Galeriesträflings ist ohne Blana. Original ist nur, daß er erklärt, über Luciani eine wichtige Aufklärung machen zu wollen. Es stellt sich aber bald heraus, daß er die Gelegenheit zu einem kleinen Speech pro domo benützt und beweisen will, daß er seinerzeit gegen alles Recht verurtheilt worden ist. Auf die Frage, ob Luciani einen Zeitungsartikel in seinem Interesse geschrieben, erwidert er, dasselben selbst verfaßt zu haben. (Reiterlein.) Er wird unter dem Gallire seiner Ketten wieder abgeführt.

Staats- und Volkswirthschaft.

nahmen auf, welche die Thätigkeit des Gerichts in letzter Zeit nicht wenig in Anspruch genommen haben. — Eine aus 4 Mitgliedern bestehende Deputation der Hauptgläubiger Dr. Straußbergs überreichte heute Vorstellig dem Handelsminister Dr. Achenbach eine Petition, in welcher die beteiligten Firmen um Vermittelung des Ministers bei der russischen Regierung behufs Freilassung Straußbergs batzen. Der Minister nimmt die Deputation freundlich auf und versicherte, sich genauer Kenntnis von der ganzen Angelegenheit durch den Unterstaatssekretär Dr. Böhl w zu verschaffen. Eine neue Versammlung Gläubiger Dr. Straußbergs wird übrigens nächstens zusammenzutreffen werden. — Wie die "Petersburger Presse" meldet, befindet sich Dr. Straußberg im Schuldthurm und kommt vor die Assisen wegen Dokumentensäufschung.

** Elbing, 3. November. Auf Antrag des Geheimen Kommerzienrats Simon in Königsberg, der bekanntlich die hiesige Waggonfabrik an Frau Dr. Straußberg verkauft hatte, soll dieselbe morgen wieder gerichtlich sequestriert werden. Man hatte angefangen, aus den vorhandenen Vorräthen Kohlen zu verkaufen, um die laufenden Ausgaben damit zu decken. Dieses ist bereits heute inhibiert worden. (Danz. 3)

** Chemnitz, 3. November. Produktions-Börsenbericht von Hermann Jaström. Wetter: hell und freundlich. Weizen unverändert, seiner alter weizet über Notiz bezahlt, gelber 206—225 M., weiger 210—231 M. Roggen unverändert bei schwacher Kauflust. 170—186 M. Gerste matt, 175—192 M. Hafer fest, 152—167 M. Erbsen, Mahl- und Futterware, 150—166 Mrl. Kalk per 1000 Kilo.

Weizemehl Nr. 00 3250 M., Nr. 0 3050 M. Nr. I. 2850 M. Roggengemehl Nr. 0 25 M., Nr. I. 24 M. per 100 Kilo.

** Wien, 4. November. Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn (Österr. Reg.) betrugen in der Woche vom 22. bis zum 28. Oktober 720,617 Fl. ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mehrereinnahme von 17,342 Fl.

** Wien, 4. Nov. Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn vom 22. bis zum 28. Oktober 1,621,568 Fl., gegen 1,482,216 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahrs, mithin Wocheneinnahme 139,350 Fl. Bisherige Mehrereinnahme seit 1. Januar d. J. 1,417,628 Fl.

** Antwerpen, 3. November. In der heute begonnenen Wollauktion waren 1942 B. Buenos-Aires Wollen angeboten, von denen 1366 B. verkauft wurden. Das Geschäft war flau; die Preise stießen sich 10—15 Centimes unter den mittleren Preisen der im Juli und August d. J. abgeschlossenen Auktionen.

** Paris, 4. November. Bankausweise:

Bunahme.

Baarvorwahl	350,000 Frs.
Vortest. der Haupth. u. d. Filialen	11,499,000
Gefammt-Vorschüsse	741,000
Notenumlauf	19,720,000
Ahnachm.	
Guthaben des Staatskredizes	959,000
Laufende Rechn. der Privaten	13,586,000
** London, 4. Novbr. Bankausweise.	
Total-Reserve	9,852,259 Pfd. St.
Notenumlauf	28,689,560
Baarvorwahl	23,541,819
Vortesten	19,964,855
Guth. d. Priv. 21,208,285	
do. d. Staats	3,312,619
Notenreserve	9,215,655
Regierungs-	
sicherheiten	12,751,095
Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 39% p.C.	
Clearinghouse-Umlauf 129 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Abnahme 5 Mill.	

** Rumänien. Der "B. B." zufolge begibt sich in den nächsten Tagen ein Bevollmächtiger der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft von Berlin aus nach Bukarest, um dort an Ort und Stelle die Verhandlungen wegen Ausgleichung der bestehenden Differenzen und event. wegen Verkaufs der Bahnen aufzunehmen.

Vermisschtes.

* Über die augenblicklichen Miethsverhältnisse in den einzelnen bürgerlichen Stadttheilen geben folgende Zahlen ein anschauliches Bild. Den höchsten Miethsverhältnis in Thalern zeigen vro 1875 die Wohnungen und Gescle des I. Stadtkreises mit 6,293,305; es folgen danach VI. mit 6,488,834, II. mit 6,436,218, VII. mit 3,862,000, III. mit 3,251,108, IX. mit 3,131,718, IV. mit 2,873,173, V. mit 2,557,657, XI. mit 2,358,372 VIII. mit 1,949,339, XII. mit 1,720,125, X. mit 1,768,933 und schließlich XIII. mit 860,930. Die höchste B. 51 an Wohnungen ist VI. 27,334 (durchschnittlich Miethsverhältnis 237 Thlr.), es folgt VII. 22,542 (durchschnittlich 171 Thlr.), I. 16,414 (durchschnittlich 416 Thlr.), II. 16,294 (durchschnittlich 395 Thlr.), V. 15,815 (durchschnittlich 161 Thlr.), XI. 15,509 (durchschnittlich 152 Thlr.), IX. 14,818 (durchschnittlich 211 Thlr.), X. 12,036 (durchschnittlich 147 Thlr.), IV. 11,136 (durchschnittlich 253 Thlr.), VIII. 10,700 (durchschnittlich 182 Thlr.), III. 7,580 (dieser Bezirk zeigt den höchsten durchschnittlichen Miethsverhältnis für einen vermieteten Raum mit 430 Thlr.), XIII. 7,443 (durchschnittlich 116 Thlr.) und endlich XII. 6,932 Wohnungen mit einem durchschnittlichen Miethsverhältnis von 257 Thlr.

* Vom romantischen Könige. Ein Feuilletonist des "N. Wiener Tagbl." erzählt folgenden Charakterzug aus dem Leben Königs Ludwigs II von Bayern: Seinem Wesen nach ist König Ludwig von großer Herzengüte und er würde lange schon populär sein wegen desselben, ohne daß er erst hätte auf irgend eine polnische Manifestation warten müssen, wenn er es über sich brächte, mit dem Volke in näherem Kontakt zu treten. Geschieht dies, dann ist er von gewinnender Freundlichkeit, wie dies gleich eine Anekdote beweist, die mir vom Lindenboe erzählt wird. In der Nähe befindet sich ein Gasthaus, dessen Eigentümer, ein braver Bajaware, jüngst als der König dort absteigt, um in aller Ruhe und Einsamkeit ein Stück Butterbrod zu verzehren, den hohen Gast im Sprache frug: "Aber, Herr König, warum heirathen Sie denn nicht? es wäre schon wirklich Zeit," worauf der König in besser Laune antwortet: "Ja, ich möchte schon, aber ich habe keine Braut." "Ah was," entgegnete der Wirt, "wenn's das ist, schauens, Herr König, da hättest du gleich Eine für sie, meine Tochter Marie." Der König lachte hell auf und bat, der Vater möchte sie ihm doch zeigen, worauf der Vater die schwarzhäutige und schwarzaarige Marie aus der Kammer herbeiführte. Sie gefiel dem Könige außermordend — wenige Tage darauf erhielt sie durch einen Adjutanten des Königs ein prächtiges silbernes Kreuz zugeschickt und der Vater eine schwere beschlagene Weißesumpfseife.

* Die Theilung der Arbeit in unserer Industrie treibt oft mal überraschende Blüthen. Eine deutsche Firma am Rhein figurirt in den offiziellen Listen der Welt-Ausstellung zu Philadelphia mit dem einzigen Fabrikat, welches sie herstellt: "Chignons für Negroinnen". Diese Hülsen der Natur werden aus Pferdehaar und sogenannten Surrogaten hergestellt, die sich der natürlichen Starrheit und Kräfteleistung des Negerohaars am besten anpassieren. Das Eigenhümliche ist, daß die amerikanische Industrie diese Spezialität nicht herstellt, so daß die Firma ein sehr bedeutendes Geschäft mit Amerika macht. (B. 3)

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 4. November. Die von einzigen Zeitungen

gebrachte Nachricht von der abgeblich bestehenden Verabschiedung des kommandirenden Generals des 1. Armeecorps, v. Barnstorff, entbehrt nach einer der "Ostpr. Zeit" zugehörigen Mitteilung jeder tatsächlichen Begründung. — Die Fahrt für Dampfer ist noch offen. Der Kapitän eines in Pillau eingelaufenen Schooners berichtet, daß er bei der Höhe von Rixdorf an einem großen Kiel oben treibenden Schiff vorbeigefegelt sei.

Pest, 4. November. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurden zunächst die auf den stattgehabten Wechsel im Präsidium des Ministeriums bezüglichen kaiserlichen Handschriften verlesen und hob Ministerpräsident Tischa hierauf in einer kurzen Rede hervor, daß die Politik der Regierung sich in keiner Beziehung geändert habe. Betreffs der Verhandlungen wegen Revision des Zoll- und Handelsbündnisses sei das Gesetz maßgebend, die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Bölkowes sei wünschenswert, die Banfrage aber sei keine politische, sondern eine reine volkswirtschaftliche Frage und die Regierung sei keineswegs gewillt, nach einem Konflikt zu suchen.

Versailles, 4. November. Die Nationalversammlung hat ihre Sitzungen heute wieder begonnen. Der Minister des Innern, Buffet, beantragte, das Wahlgesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Pascal Duprat, von der Linken, stellte den weiteren Antrag, daß zwischen der zweiten und dritten Beratung des Wahlgesetzes die Vorlage über Aufhebung des Belagerungszustandes und über Organisation der Muzikpaläte beraubt werde. Die Versammlung beschloß einstimmig, am nächsten Montag mit der zweiten Beratung des Wahlgesetzes (die erste Lesung hat bereits in der vorigen Session stattgefunden) zu beginnen und votierte demnächst nach einer zweifelhaft gebliebenen ersten Abstimmung für den oben erwähnten weiteren Antrag Pascal Duprat's.

London, 4. November. Nach einem heute eingezogenen Telegramm aus Penang ist der britische diplomatische Agent Birch in Perak (Westküste der Halbinsel Malakka) auf malaiischen Gebiete ermordet worden. Zur Bestrafung der Täters sind Truppen abgefeuert. — Dem "Standard" zufolge hat die Firma G. A. Witt & Co. in London und Liverpool ihre Baulungen eingestellt. Die Passiva der selben werden auf 100,000 Pf. St. geschätzt.

Petersburg, 4. November. Die aus Paris gemeldete Nachricht von einer russischen Befreiunnote an die Untergesetz des pariser Vertrages von 1855 kann auf das Bestimmteste als unrichtig bezeichnet werden; eine solche Note existiert überhaupt nicht. Es wird dem von unterrichteter Seite hinzugefügt, daß die tatsächlichen Verhältnisse, das vorliegende Einverständnis und der fortwährende Gedanken-austausch der Mächte einen derartigen Schritt unmotiviert erscheinen lassen würden.

Konstantinopel, 3. Novbr. Das seinem wesentlichen Inhalte nach bereits bekannte Gesetz vom 30. Oktober d. J. betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 35 Millionen Pf. enthält folgende Bestimmungen:

Art. 1. Es werden für 35 Millionen Pf. auf den Inhaber lautende Obligationen bereitgestellt, welche jährlich 5 p.C. Binsen bringen, die halbjährlich in Gold in Konstantinopel, sowie in allen Städten, wo für die 5prozentige Staatschuld Böhungen gemacht werden, ausbezahlt werden.

Art. 2. Die neuen 5prozentigen Obligationen werden in pari und in Gold zurückgezahlt mittels einer jährlich 1proz. Amortisierung, die spätestens am 1/13 Januar 1887 eintreten und re. mittels Ausloosung gehandhabt werden wird.

Artikel 3. Die Obligationen werden von dem Finanzminister unterzeichnet und mit dem Staatsiegel gestempelt, übertront aber in dem Augenblicke, wo sie zur Verwendung gelangen, mit dem Visa eines der hierzu delegirten Syndici oder der kaiserlich-ottomanischen Bank vereinbart werden. Sie sollen in türkischer, englischer und französischer Sprache aufgestellt und in den Staatskassen und allen Kassen der öffentlichen Verwaltung a.8 Kauiton oder Garantie in derselben Weise, wie die allgemeine fünfprozentige Schuld und wie die Obligationen der auswärtigen Anleihen angenommen werden.

Artikel 4. Gerade 35 Millionen Pf. St. in fünfprozentigen Obligationen werden in 5 Serien von je 7 Millionen Pf. Sterling eingeteilt, so daß jede Serie jedem der 5 Jahre entfällt, während welcher in Gemäßheit der getroffenen finanziellen Maßregeln die Bezahlung der Binsen und die Amortisierung der inneren und äußeren Schuld stattfinden soll. Demgemäß werden die Obligationen jeder einzelnen Serie zu Beginn eines jeden Jahres mit dem in Art. 3 erwähnten Visa versehen werden und somit zur Zahlung der Hälfte der Kupons und des Betrages der amortisierten Obligationen der inneren und äußeren Schuld dienen. Jede der 5 Serien wird wiederum in 2 Abtheilungen eingeteilt, deren eine vom 1. Januar, deren andere vom 1. Juli ab Binsen trägt.

Art. 5. Am 1. Januar a. St. resp. 13. Januar n. St. 1888 zu der Zeit, wo die Wiederaufnahme der Baarzahlung für die Binsen der inneren und äußeren Schuld erfolgt sein wird, wird die Zahl der in jeder Serie während der letzten 5 Jahre emittirten Obligationen verfestigt und definitiv festgestellt werden. Es werden also dann die Obligationen, welche nicht zur Verwendung gelangt sind, einbehalten und nicht weiter ausgegeben werden.

Art. 6. Alle näheren Bedingungen über die Kreirung und Ausgabe der 5prozentigen Obligationen werden durch den Finanzminister festgestellt werden.

Art. 7. Die Zahlung der Binsen der durch das gegenwärtige Gesetz freieren Obligationen wird durch dieselben Garantien gesichert sein, welche für die Zahlung der inhaar zu zahlenden Hälfte der Binsen und Amortisierung der inneren und äußeren Schuld bestehen und wird dieselbe vorselben Kontrolle unterliegen.

Newyork, 3. November. In Maryland hat bei den gestrigen Staats- und Gouverneurswahlen die demokratische Partei gesiegt

Paris, 4. November. Die "Gazette" erfährt, die Regierung werde, obgleich sie heute gegen die Beratung des Municipalgesetzes und der Vorlage über Aufhebung des Belagerungszustandes keinen Einward erhob, gleichwohl an dem gegenwärtigen Modus der Maire-Ernennung festhalten, in die Aufhebung des Belagerungszustandes nur nach Vollzug des Pfarrgesetzes willigen, und mehrere größere Städte aufnehmen, wo der Belagerungszustand bleibt.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Mitgekommenen Fremde

5. November.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Mittergutsbesitzer Martini aus Lüttow, Mälzermeister von Wieden aus Gneisen, die Kaufl. Friedemann und Lenke aus Breslau, Ciemien aus Bremen, Doppel aus Bielefeld, Popp aus Magdeburg, Lewi aus Inowraclaw, Nelsen und Semske und Sohn aus Berlin, Rohden aus Salingen.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufl. May aus Leipzig, und Bernhard Giese aus Berlin, Obergärtner Höflein aus Berlin, Fabrikant Richard aus Spremberg.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Oberlieutenant v. Negek, Major v. Winterberger nebst Gemahlin aus Glogau. Dr. Wild aus Schmiegel. Ingenieur Stutzer aus Karlowitz. Oberinsp. Scherzel aus Basel. Die Kaufleute Hey, Fürst, Voewenheim aus Berlin, Löw aus Dresden, Cohn aus Hamburg, Schmidt, Küba aus Lipzig, Leichmann aus Schneidersberg, Müssing aus Carlsruhe, Klüsche aus Barmen, Koessle aus Königsberg, Kastolinski aus Frankfurt a. M.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbesitzer E. Skapski a. Michanewo und Brandt a. Wilcyn, Gastwirt Florowek a. Wilcyn, Agronom S. Wacholski a. Siedl c, die Rentiers Mr. Koppe a. Bischöfchen, Skapski a. B. elau und Roznowski a. Graudenz, Krausmann Ebene und Frau a. Breslau, Architekt M. Dobling a. Berlin, Bürger Cerniewski a. Schröda.

TILSIT'S HOTEL GARN. Die Kaufleute Kohler aus Samburg, Kluge aus Berlin, Ingenieur E. Francke aus Posen, Postdirektor v. B. W. St. a. Krotoschin, Gutshof. Job. Kempte aus Kulm, Rentier Sorcer aus Billau — Die Gutsbesitzer Rudnicki aus Lissa, Breyer aus Lecz, Ingenieur Blaser aus Odessa, die Kaufl. Jungmann aus Breslau, Skrobacki aus Lemberg und Wladislav Lusinski aus Wien.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Held, Binn und J. Kapitan aus Włodzianow, Sokołowski u. Türk a. Wreschen, Salomon a. Schollen, Expedient Berg a. Tarnow.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Brehm aus Berlin, F. Bösel Obergärtner aus Berlin, Lieutenant Messerschmidt aus Ostrowo, B. Lieutenant Reineke aus Hirschberg i. Schl. Gutsbesitzer Schottländer aus Breslau, Kaufmann Michael aus Leipzig, die Rittergutsbesitzer Graf Kwicki a. Kolbnick, v. Karczewski a. Lubry, v. Karcewski a. Byhalow.

O. SCHAFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Soltau a. Lindow, Englisch a. Słetlin, Weidmann aus Breslau, Rawalski a. Berlin, Krayn aus Budowicz, Gutsbesitzer Luther a. Marienrode, Inspector Brumig aus Drus, Mühlens. Rosenthal aus Kurowsko, Gutshof. Treppmacher aus Wulz.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Frau v. Tarnowska nebst Tochter, Kaminski nebst Frau, von Romocki und v. Dzierzanowski aus Polen, v. Boltowski aus Bzajaczko, v. Michalowski aus Bzeczin, Graf Dabrowski aus Kolaczkow, v. Kryjanowski nebst Frau aus Kasslowek und v. Storoszewski aus Suchowzewo.

Posen, den 5. November.

Denk's Concert-Saal.

Heute und folgende Abende:

Auftritte meiner neuen bestrenommirten Künstlergesellschaft.

Anfang 7½ Uhr.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 4. November. Getreide-Börse. Wetter: trüb über Frost. Wind: SO

Weizen lolo ist am heutigen Markte zwar in etwas besserer Kauflust a.8 gestern gewesen, doch aber sind die angelegten Preise nur als schwach bebaupet, zum Theil auch gedrückt und billiger zu bezeichnen. 400 Tonnen wurden gebandelt, darunter 120 Tonnen alt und ist bezahlt für Neu-Sommer 132/3 Pf. 191 M., blaupistia 126 7 Pf. 175 M., rau glasta 126 7 Pf. 193 M., besserer 128/9 Pf. 200 M., hellbunt 128/9, 131, 132 Pf. 205, 207, 210 M., hochbunt glasta 132/3 Pf. 210 M., fein weiß 135 Pf. 217 M., alt grünthal 127, 128/9 Pf. 212 213 M., 128/9, 132/3 Pf., hellbunt 217, 218 M. pr. Tonne. Termine geschlossen ob. November 128 M. Go. April-Mai 216 M. Br., 215 M. Go. Regulierungspreis 200 M.

</

